

Kurzbericht

Kulturausschuss

(27. - öffentliche - Sitzung am 18. April 2024)

Tagesordnung:

1. **Unterrichtung durch Frau Kultusministerin Julia Willie Hamburg zu den Abläufen bezüglich der Abiturprüfungen im Fach Politik/Wirtschaft am 11. April 2024**

Der Ausschuss nimmt die Unterrichtung entgegen und führt darüber eine Aussprache.

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über Kindertagesstätten und Kindertagespflege**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/3990](#)

Der Ausschuss kommt überein, den vorliegenden Gesetzentwurf der regierungstragenden Fraktionen zusammen mit dem bereits vorliegenden „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über Kindertagesstätten und Kindertagespflege“ der Fraktion der CDU in der [Drs. 19/1580](#) sowie mit dem dazu vorliegenden Änderungsvorschlag der CDU-Fraktion vom 29. Februar 2024 (Vorlage 3 zur [Drs. 19/1580](#)) zu beraten.

Er beschließt des Weiteren, eine Anhörung durchzuführen. Mündlich angehört werden sollen:

- Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände
- AWO Niedersachsen
- Caritas Niedersachsen
- Die Landesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen Niedersachsen/Bremen (IaGE e.V.)
- Katholisches Büro Niedersachsen
- Kita-Fachkräfteverband
- Konföderation Evangelischer Kirchen in Niedersachsen
- Landeselternvertretung der niedersächsischen Kindertagesstätten e.V. (Kita LEV NDS)
- NBB - Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion
- Niedersächsisches Institut für frühkindliche Bildung und Entwicklung - nifbe
- Niedersächsisches Kindertagespflegebüro
- Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.

Schriftlich angehört werden sollen:

- Amfn e.V. - Arbeitsgemeinschaft Migrantinnen/Migranten und Flüchtlinge in Niedersachsen
- Arbeiterwohlfahrt (AWO) - AWO Region Hannover
- Deutsches Rotes Kreuz - Landesverband Niedersachsen e.V.
- Diakonisches Werk evangelischer Kirchen in Niedersachsen e.V.
- Die Johanniter - Landesverband Niedersachsen/Bremen

- GEW - Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Niedersachsen
- Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen in Niedersachsen

Der Ausschuss nimmt in Aussicht, die Anhörung an zwei Terminen, dem 24. Mai 2024 und dem 31. Mai 2024, durchzuführen. Die abschließende Beratung der Gesetzesentwürfe soll dann am 7. Juni 2024 erfolgen, um das Juni-Plenum zu erreichen.

3. **Beschlussfassung über den Antrag der CDU-Fraktion auf Unterrichtung durch die Landesregierung zur Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung gemäß § 46 Abs. 1 GO LT „Situation der Gesamtschulen in Niedersachsen“ in der Drucksache 19/3958**

Der Ausschuss bittet die Landesregierung um eine Unterrichtung zu dem Thema in einer seiner nächsten Sitzungen.